

# SÖNKE RIX, MdB

Bundestagsabgeordneter  
für den Kreis Rendsburg-Eckernförde

## Rechenschaftsbericht 2009 - 2012



**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION

### Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

im Herbst 2013 wird ein neuer Bundestag gewählt. Die SPD Rendsburg-Eckernförde bestimmt ihren Kandidaten / ihre Kandidatin für den Wahlkreis 04 auf der Kreiswahlkonferenz am 17.11.2012 in Rendsburg. Die Einladungen dazu habt Ihr bereits bekommen. Am 27. und 28. April findet in Büdelsdorf die Landeswahlkonferenz statt, auf der die schleswig-holsteinische Landesliste für die Bundestagswahl festgelegt wird.

Bereits auf unserem Ordentlichen Kreisparteitag im Juni 2012, als die Spekulationen darüber ins Kraut schossen, ob ich wohl Minister in der sozialdemokratisch geführten schleswig-holsteinischen Landesregierung werden würde, habe ich mitgeteilt, dass ich mich wieder um ein Mandat für den Deutschen Bundestag bewerben möchte. Nach der Sommerpause habt Ihr meine „offizielle“ Bewerbung erhalten. Ich habe mich sehr über die vielen positiven Rückmeldungen der letzten Wochen gefreut — auch darüber, dass der Kreisvorstand nach Ablauf der internen Bewerbungsfrist meine erneute Kandidatur einstimmig begrüßt hat. Auch die Tatsache, dass keine weitere Kandidatur angemeldet wurde, werte ich als Bestätigung für meine bisherige Arbeit.

Hinter uns liegen drei Jahre einer schwierigen Legislaturperiode. Denn das schlechte Wahlergebnis der SPD im Jahr 2009 und die neue Rolle in der Opposition schlagen sich natürlich auf unsere parlamentarische Arbeit nieder: Es müssen mehr Aufgaben auf weniger Schultern verteilt werden. Das gilt für unsere Arbeit in Berlin, wo sich nach

der Wahl 146 statt vorher 222 SPD-Abgeordnete im Parlament wiederfanden. Das gilt aber ebenso für unsere Arbeit im Land Schleswig-Holstein, wo wir plötzlich nur noch sechs statt neun SPD-Bundestagsabgeordnete stellen, die sich nicht nur um ihre eigenen, sondern auch um fünf „verwaiste“ Wahlkreise kümmern müssen.

Auch in anderen Punkten unterscheidet sich die Oppositionsarbeit grundsätzlich von der in Regierungsverantwortung: Beispielsweise schreiben wir sogenannte Kleine und Große Anfragen unter strengen formalen Auflagen an die Bundesregierung, weil uns der „kurze Draht“ in die Ministerien fehlt. Unsere Anträge werden regelmäßig von Schwarz-Gelb abgelehnt.

Innerhalb der Arbeits- und Projektgruppen der Bundestagsfraktion findet jedoch ein reger und konstruktiver Austausch statt. Wir haben in den vergangenen Jahren unsere Positionen in vielen unterschiedlichen Arbeitsbereichen klarer gefasst und zum Teil neu bestimmt.

Auf den folgenden Seiten findet Ihr meine persönliche Bilanz, meinen Rechenschaftsbericht über die Schwerpunkte meiner Arbeit in Berlin, über mein Abstimmungsverhalten in wichtigen politischen Fragen und über meine Wahlkreisarbeit der vergangenen drei Jahre. Dabei wird Euch manches bekannt vorkommen, denn Teile davon konntet Ihr auch schon in meinen jährlichen Rechenschaftsberichten lesen, die ich regelmäßig hier ([www.soenke-rix.de/de/transparenz.htm](http://www.soenke-rix.de/de/transparenz.htm)) veröffentliche.

Gerne würde ich die Arbeit als Euer Bundestagsabgeordneter in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen. Natürlich unter anderen Vorzeichen, nämlich mit einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung.

Solidarische Grüße  
Euer

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Sönke Rix'.



## MEINE SCHWERPUNKTE IN BERLIN

Wie schon in der letzten Legislaturperiode bin ich Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Für meine Fraktion bin ich stellvertretender familienpolitischer Sprecher mit den Schwerpunkten Jugend- und Seniorenpolitik. Außerdem bin ich Berichterstatter für die Themen Zivildienst (bis zu dessen Aussetzung), Jugendfreiwilligendienste, Bundesfreiwilligendienst, Freiwilligendienst aller Generationen, Bürgerschaftliches Engagement, Bekämpfung des Rechtsextremismus, Beteiligung und Partizipation, EU-Jugendpolitik.



Im Frühjahr 2012 hat der „2. Parlamentarische Untersuchungsausschuss zu den Tattormorden des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)“ seine Arbeit aufgenommen. Auch hier bin ich ordentliches Mitglied und am Donnerstag jeder Sitzungswoche beschäftige ich mich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen ganztägig mit Zeugenvernehmungen und Befragungen. Der Ausschuss hat sich zum Ziel gesetzt, die Vorgänge und vor allem die Versäumnisse rund um die Verbrechen der rechtsextremen Zwickauer Terrorzelle lückenlos aufzuklären. Der Mordserie des NSU waren bis zum 25. April 2007 deutschlandweit zehn Menschen zum Opfer gefallen.

Wir wollen uns ein umfassendes Gesamtbild zur Terrorgruppe, ihren Mitgliedern und Taten, ihrem Umfeld und ihren Unterstützern verschaffen. Der Fokus liegt dabei auf der Frage, wie die Verbrechen der Terrorgruppe jahrelang unerkannt bleiben konnten. Tatsächlich vergeht kein Termin des Untersuchungsausschusses, an dem nicht ein weiteres Fehlverhalten von Behörden zu Tage tritt, die seit fast 14 Jahren mit den Tötungs- und Raubdelikten des Trios beschäftigt waren. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, drei Landesverfassungsschutzchefs, sowie ein Mitglied der Bund-Länder-Kommission haben schon ihren Hut genommen.

Das zeigt, wie hoch oben auf dem Eisberg wir uns noch befinden. Bis weit ins nächste Jahr reichen die Termine für die Zeugenvernehmungen, darunter die der Innenminister Schäuble und Schily. Für mich ist es schwer zu ertragen, mit welcher Ignoranz und Verdrängung Rechtsextremismus als Motiv für die Taten nicht beachtet wurde.

Neben der Aufklärung der Zusammenhänge rund um das Terrortrio sollen daher in unserem Abschlussbericht auch Schlussfolgerungen für Struktur, Zusammenarbeit, Befugnisse und Qualifizierung der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden und für eine effektive Bekämpfung des Rechtsextremismus gezogen und Empfehlungen ausgesprochen werden. Unser Hauptaugenmerk muss hierbei auf einer Stärkung der Zivilgesellschaft liegen. Aktive und engagierte Demokratinnen und Demokraten sind der beste Verfassungsschutz, den man haben kann. Und den müssen wir uns leisten können.

Ferner bin ich seit 2009 Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Strategien gegen Rechtsextremismus“ der SPD-Bundestagsfraktion. Zudem hat mich die SPD-Bundestagsfraktion als Mitglied in die Gremien für Minderheiten des Bundestages und des Landtages in Schleswig-Holstein entsandt. Als Obmann im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement versuche ich, dabei mitzuhelfen, die Rahmenbedingungen für ehrenamtlich Engagierte zu verbessern.

Blicke ich auf „meine“ Themen, muss ich feststellen, dass die letzten drei Jahre keine guten Jahre waren. Sowohl das Betreuungsgeld, das Schwarz-Gelb einführen will, als auch der Bundesfreiwilligendienst, der an die Stelle des Zivildienstes trat, halte ich für keine guten politischen Entscheidungen. Zwar waren die Aussetzung der Wehrpflicht und die damit einhergehende Aussetzung des Zivildienstes der richtige Weg und wurden von mir als Jugendpolitiker begrüßt, jedoch war die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes als Ersatz für den Zivildienst ein „Schnellschuss“, der mit vielen handwerklichen Fehlern einherging. Wir SPD-Politiker hätten eine andere Konsequenz aus der Aussetzung des Zivildienstes gezogen und die bereits bestehenden Jugendfreiwilligendienste FSJ und FÖJ mit den Mitteln aus dem Zivildienst massiv ausgebaut statt Doppelstrukturen zu schaffen.

Statt auf das Betreuungsgeld setzen wir Sozialdemokraten auf den Ausbau der Kita-Plätze. Noch in der Großen Koalition konnten wir einen Rechtsanspruch für einen Kitaplatz

## MEINE SCHWERPUNKTE IN BERLIN

ab dem ersten Lebensjahr durchsetzen. Dieser greift ab August 2013. Das heißt nicht, dass wir die Betreuung und frühkindliche Erziehung in der Kita für besser oder schlechter halten als in der Familie. Jedoch sind viele Paare auf Kitas angewiesen. Ob es der jetzigen Bundesregierung aber gelingt, gemeinsam mit Ländern und Kommunen ausreichende Plätze zu schaffen, ist höchst fraglich.

Dabei ist der quantitative und qualitative Kita-Ausbau ein zentraler Baustein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Denn die meisten Eltern – und zwar Mütter und Väter gleichermaßen – stellen sich die Frage: Wie können wir unseren Kindern ein gutes Aufwachsen ermöglichen und gleichzeitig dafür sorgen, dass wir beruflich auf der Höhe bleiben und finanziell über die Runden kommen?

Viele von ihnen wollen während und nach der Familienphase erfolgreich in ihrem Beruf arbeiten, sich weiterbilden und Karriereschritte machen. Häufig haben Paare aber auch gar nicht die Möglichkeit, dass ein Elternteil längere Zeit aus dem Beruf aussteigt – schlicht weil die Familie auf zwei Gehälter angewiesen ist.

Zudem wollen wir, dass die Arbeitswelt gerechter wird: Mindestlöhne, gleicher Lohn für gleiche Arbeit und Existenz sichernde, abgesicherte Arbeitsverhältnisse. Wir wollen die Elternzeit für Paare noch attraktiver machen und partnerschaftliche Teilzeitmodelle fördern. Hier muss auch ein Mentalitätswechsel in den Unternehmen stattfinden. Zum Beispiel darf kein Vater mehr schief angeguckt werden, wenn er in eine längere Elternzeit geht. Damit Unternehmen für diese und andere Problematiken sensibilisiert werden, treten wir für eine Geschlechterquote von 40 Prozent für Vorstände und Aufsichtsräte ein.

Wir wollen eine gerechtere Familienförderpolitik. Dazu gehört eine Reform des Ehegattensplittings, das momentan Allein- und Gutverdiener-Ehen erheblich bevorzugt, wie auch die Einführung eines reformierten Kindergelds. Unsere Planungen sehen vor, dass niemand weniger Kindergeld bekommt als heute – die, die es besonders brauchen, aber häufig mehr.

Um die rechtsextremen Einstellungen in der Gesellschaft zu bekämpfen, wollen wir insbesondere die 2001 von der SPD begründeten Programme gegen Rechtsextremismus dauerhaft und verlässlich unterstützen. Die Programme haben zum Aufbau lokaler Strukturen beigetragen und

zeigen Wirkung. Bürgerinnen und Bürger verteidigen die Demokratie gegen Neonazis: Im persönlichen Gespräch, in Bildungseinrichtungen, am Arbeitsplatz, in den Kommunalparlamenten und nicht zuletzt auch zunehmend bei Demonstrationen und Blockaden gegen Naziaufmärsche. Ohne die Opferberatungen, die Mobilen Beratungsteams und die vielen Initiativen vor Ort stünde der Kampf gegen Rechtsextremismus in vielen Regionen auf verlorenem Posten.



Stattdessen wurde auf Initiative von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder die sogenannte Extremismusklausel eingeführt. Darin sollen sich Initiativen, Organisationen und Verbände, die eine staatliche Förderung erhalten, zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und dafür Sorge tragen, dass dies auch für eventuelle Kooperationspartner gilt. Sie sollen also auch für die Gesinnung Dritter haften. Wer diese Erklärung nicht unterschreibt, erhält keine Förderung. Wer gegen sie verstößt, muss mit der Rückforderung von Fördergeldern rechnen. Obwohl das Ministerium die Klausel nach einem verlorenen Gerichtsprozess abgemildert hat, bleibt sie eine Zumutung für alle demokratische engagierten Vereine, Verbände und Institutionen. Die Extremismusklausel muss komplett abgeschafft werden.

Staat und Gesellschaft müssen ein klares Zeichen setzen: Rechtsextreme, Rassisten und verfassungsfeindliche Parteien haben in einem demokratischen Deutschland keinen Platz.

Nicht nur zu den Themen „Bekämpfung des Rechtsextremismus“ und „Freiwilligendienste“ bin ich regelmäßig als Redner gefordert. Alle meine Reden sind auf meiner Internetseite unter: [www.soenke-rix.de/de/reden.htm](http://www.soenke-rix.de/de/reden.htm) einzusehen.

## MEIN ABSTIMMUNGSVERHALTEN

Artikel 38 des Grundgesetzes regelt, dass Abgeordnete Vertreter des ganzen Volkes, nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen sind. Tatsächlich wird aber erwartet, dass wir Abgeordneten uns an den Mehrheitsbeschlüssen unserer Fraktion orientieren. Das kann im Prinzip auch gar nicht anders sein, denn wenn man sich in vielen und wesentlichen Fragen nicht auf eine gemeinsame Position verständigen kann, kann man wohl auch schlecht eine gemeinsame Fraktion bilden.



Es liegt in der Natur der Sache, dass ich gemeinsam mit meiner Fraktion mit vielen Gesetzesentwürfen der Bundesregierung nicht übereinstimme und wir das entsprechende Gesetz gemeinsam ablehnen. Es gibt aber auch immer wieder Fälle, in denen ich die Erwartung meiner Fraktion hinsichtlich des Abstimmungsverhaltens nicht erfüllen kann. Es gab Abstimmungen, da hätte ich, wenn ich mit der Mehrheit meiner Fraktion gestimmt hätte, meine eigenen ethischen und moralischen Positionen über den Haufen geworfen. Ich möchte das an einigen Problemfeldern kurz erläutern.

**EINSATZ IN AFGHANISTAN:** Den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan lehne ich grundsätzlich ab. Er hat sich nach meiner Auffassung als wenig erfolgreich erwiesen. Ich kann nicht erkennen, wie und wann durch diesen Einsatz eine erfolgreiche Überführung Afghanistans in eine selbsttragende Sicherheit möglich werden soll. Unter den herrschenden Bedingungen ist meiner Meinung nach ein geordneter Rückzug aus Afghanistan der einzige Weg aus einer ansonsten ausweglosen Situation. Deshalb habe ich bei allen Abstimmungen gegen die Verlängerung des Mandats gestimmt.

**UNIFIL-EINSATZ IM LIBANON:** Nachdem ich den UNIFIL-Einsatz 2009 noch abgelehnt habe, bin ich inzwischen vom Sinn der Maßnahmen überzeugt. Die Bundeswehr trägt dazu bei, Waffenschmuggel über See zu verhindern. Und sie unterstützt die libanesische Regierung durch Ausbildung und Ausrüstung erfolgreich dabei, diese Aufgabe in Zukunft selbst übernehmen zu können. Deshalb habe ich weiteren Verlängerungen des Mandats zugestimmt.

**FISKALPAKT:** Dem Gesetz zu dem Vertrag vom 2. März 2012 über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion – dem so genannten Fiskalpakt – konnte ich aus mehreren grundlegenden Gründen nicht zustimmen. Zum einen halte ich den Fiskalpakt aus verfassungsrechtlichen und demokratischen Gründen für problematisch. Es gab keine Zeit für ausreichende und umfassende Diskussionen, die bei solch wichtigen Gesetzen dringend notwendig wären. Auch die viel diskutierte Kündigungsklausel finde ich problematisch. Der Fiskalpakt gilt nach Inkrafttreten quasi für alle Ewigkeit. Künftigen Generationen wird damit das Recht genommen, selbst über die Sinnhaftigkeit des Fiskalpakts zu entscheiden. Das kann ich mit meinem demokratischen Grundverständnis nicht vereinbaren. Zum anderen halte ich die Ausgestaltung des Fiskalpakts für unsozial.

**BANKENHILFE FÜR SPANIEN:** Den Hilfen für spanische Banken, über die wir im letzten Sommer in einer Sondersitzung abgestimmt haben, habe ich nicht zugestimmt. Ich halte direkte, bedingungslose Euro-Hilfen für schwierig – zumal der kurz davor beschlossene ESM diese nicht vorsieht. Alle Seiten müssen ihren Beitrag zur Konsolidierung der Haushalte leisten, nicht allein die Bevölkerungen, die unter dem Sparzwang der unter Druck geratenen Regierungen leiden – dazu gehören auch die Banken, die ihre Zocker-Mentalität ablegen müssen. Da bei dieser Abstimmung die Bankenhilfen an keine Auflagen geknüpft waren, konnte ich nicht zustimmen.

Mein Abstimmungsverhalten in der vergangenen Legislaturperiode ist übersichtlich bei „abgeordnetenwatch“ dokumentiert:

[www.abgeordnetenwatch.de/soenke\\_rix-575-37896.html](http://www.abgeordnetenwatch.de/soenke_rix-575-37896.html)



## WAHLKREISARBEIT

**BERICHT AUS BERLIN:** In der Regel alle 14 Tage erhaltet Ihr von mir den „Bericht aus Berlin“. Dabei handelt es sich um eine Kolumne, die in der Eckernförder Zeitung erscheint und für die mir das Thema vorgegeben wird. Weitere Informationen zu Inhalten unserer Politik, zu meinen Positionen, aber auch zu meinen Terminen findet Ihr auf meiner Internet-Seite [www.soenke-rix.de](http://www.soenke-rix.de).

Darüber hinaus könnte ich jeden Tag alle Postfächer mit Informationen und Newslettern zu allen möglichen Politikfeldern überschwemmen, werde das aber auch zukünftig nicht tun, da ich bisher mehr Klagen über eine „E-Mail-Flut“, als über Informationsmangel höre. Ihr könnt mir aber gerne mitteilen, wenn Ihr an Informationen zu bestimmten Themen interessiert seid.

**WAHLKREISBÜROS:** Im Sommer 2010 habe ich – neben meinem Wahlkreisbüro in der Nienstadtstraße in Rendsburg – auch ein Wahlkreisbüro in Eckernförde eröffnet, in dem sich – wie in Rendsburg – auch der Ortsverein und



die Landtagsabgeordnete eingemietet haben. Da ich nicht gleichzeitig die Anzahl meiner Mitarbeiter/innen verdoppeln kann, ist das Rendsburger Büro weiter zu den üblichen Bürozeiten besetzt, während in Eckernförde Eva Dreger mittwochs feste Bürozeiten eingerichtet hat. Darüber hinaus hat sich dort inzwischen ein lebendiges Treiben entwickelt – ein Bürgerbüro zum Vorzeigen!

**BESUCHERGRUPPEN:** Ich habe von 2009 bis heute fast 170 Besuchergruppen aus dem Wahlkreis in Berlin getroffen, um ihnen die Politik und meine Arbeit nahezubringen: Ortsvereine, Gilden, Freiwillige Feuerwehren, viele Bürger und Verbandsvertreter in den BPA-Gruppen, vor allem aber viele Schulkassen, die während ihrer Klassenfahrt den Reichstag und „ihren“ Abgeordneten treffen.



**VERANSTALTUNGEN/TERMINE:** Außerhalb der ca. 22 Sitzungswochen, in denen ich natürlich in Berlin bin, bin ich überwiegend im Wahlkreis mit einer Vielzahl von Veranstaltungen und Terminen präsent – mit themenbezogenen Veranstaltungen („Fraktion vor Ort“), Ortsvereinsrunden, Besuchen in Gemeinden, Betrieben, Einrichtungen, bei den Gewerkschaften und parteinahen Organisationen. Nach der Bundestagswahl kam für mich noch die Betreuung des Bundestagswahlkreises Schleswig-Flensburg hinzu, um Nordfriesland kümmere ich mich gemeinsam mit Hans-Peter Bartels.

Ich habe in den letzten drei Jahren den Eindruck gehabt, dass die Bundespolitik nicht so sehr im Mittelpunkt des Interesses stand. Wir haben uns in Schleswig-Holstein nach der Landtagswahl 2009 doch mehr mit innerparteilichen Fragen beschäftigt und ab Sommer 2010 mit der sich ankündigenden vorzeitigen Auflösung des Landtages. Die Kür des Spitzenkandidaten mittels einer Mitgliederbefragung, die Wahl des neuen SPD-Landesvorstandes, die Landtagswahl 2012 – das bestimmte in Schleswig-Holstein und auch in unserem Kreis die Jahre 2010-2012, so dass die meisten von Euch wahrscheinlich öfter den Kreisvorsitzenden Sönke Rix, als den Bundestagsabgeordneten getroffen haben. Inzwischen sind wir (innerparteilich) in ruhigem Fahrwasser angekommen. Wenn der Terminkalender es zulässt, komme ich nach wie vor gerne in Euren Ortsverein. Ausgeschlossen sind allerdings Termine in Sitzungswochen, die Ihr hier findet:

[www.bundestag.de/bundestag/plenum/sitzungskalender/index.html](http://www.bundestag.de/bundestag/plenum/sitzungskalender/index.html)

Ansonsten bitte ich Euch, rechtzeitig mit meinem Wahlkreisbüro Kontakt aufzunehmen, damit es mit den Besuchen auch klappt.

Üblicherweise veröffentliche ich an dieser Stelle die Zahlen darüber, was ich verdiene, was mit meiner Mitarbeiterpauschale und meiner Kostenpauschale passiert und wie ich zu Diätenerhöhungen stehe. Ihr könnt das aber auch in meinen Jahres-Rechenschaftsberichten einsehen ([www.soenke-rix.de/de/transparenz.htm](http://www.soenke-rix.de/de/transparenz.htm)). Aus gegebenem Anlass möchte ich den Platz lieber für ein paar grundsätzliche Ausführungen zum Thema „Nebenverdienste“ nutzen.

Ich meine, dass man Abgeordneten Nebentätigkeit gestatten muss. Gerade Freiberufler und Selbständige haben sonst kaum eine Chance, nach ihrer Abgeordnetenzeit in ihren Beruf zurückzufinden. Es muss allerdings erkennbar sein, welche Tätigkeit den größeren Raum einnimmt.

Nicht mehr vereinbar ist es, wenn die vermeintliche Nebentätigkeit keinen Raum mehr für die Arbeit als Abgeordneter lässt. Völlig inakzeptabel wird es, wenn zwar das Abgeordnetenmandat in einem angemessenen Rahmen ausgeübt wird, die Nebentätigkeit jedoch so großzügig entlohnt wird, dass die Interessen, die von dem Bundestagsabgeordneten verfolgt werden, nicht mehr klar zuzuordnen sind. Von Korruption muss man wohl oder übel sprechen, wenn Beträge auf dem Konto des Abgeordneten eingehen, für die keinerlei Tätigkeit erfolgt ist. Um dies zu vermeiden, muss das oberste Gebot „Transparenz“ heißen. Denn sobald es eine Veröffentlichungspflicht gibt, wird sich jeder Abgeordnete gut überlegen, welche Aufträge er annimmt und welche nicht.

Auch nach sieben Jahren als Abgeordneter kann ich mir kaum vorstellen, wie man, wenn man das Mandat ernst nimmt, neben den vielen Terminen im Wahlkreis und in Berlin überhaupt noch Zeit für bezahlte Nebentätigkeiten haben kann. Ich habe solche Nebentätigkeiten nicht, muss aber einräumen: Ich bin – ehrenamtlich – Vorsitzender unseres SPD-Kreisverbandes und Vorsitzender des Landesparteiirates der schleswig-holsteinischen SPD. Das sind Aktivitäten, die das ohnehin knappe Zeitbudget weiter einschränken. Ich baue aber darauf, dass Ihr für DIESE Nebentätigkeiten Verständnis aufbringt – jedenfalls lassen die Ergebnisse - wenn ich zur Wahl stehe - das vermuten. Daneben bin ich – wiederum ehrenamtlich – beim Amtsgericht Eckernförde gesetzlicher Betreuer.

Um zur aktuellen Debatte um Peer Steinbrück zu kommen: Ich kann auch diejenigen gut verstehen, die es eigenartig finden, wenn Bundestagsabgeordnete Honorare dafür bekommen, dass sie über Politik sprechen. Man kann das auch anders sehen. Es lohnt sich z. B., die Meinung von Erhard Eppler dazu zu lesen: [www.faz.net/aktuell/politik/inland/erhard-eppler-im-gespraech-steinbruecks-vortraege-haben-der-partei-genuetzt-11924552.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/erhard-eppler-im-gespraech-steinbruecks-vortraege-haben-der-partei-genuetzt-11924552.html)

Ich meine: Solange der oder die betreffende Abgeordnete nur Abgeordnete/r ist, ist es Sache der Wählerinnen und Wähler und Sache der Genossinnen und Genossen vor Ort, darüber zu befinden, ob der oder die Abgeordnete ihre/seine Sache gut macht und aufgestellt bzw. gewählt werden sollte.

Wer Spitzenkandidat ist, unterliegt natürlich anderen Kriterien. Der Umgang von Peer Steinbrück mit den an ihn adressierten Vorwürfen lässt darauf schließen, dass er das auch akzeptiert. Die Fakten sehen jedenfalls so aus:

- Rot-Grün hat 2005 die Transparenzregeln des Deutschen Bundestages verschärft – gegen die Stimmen von Union und FDP.
- Diesen noch heute bestehenden Regeln hat Peer Steinbrück bei seinen Veröffentlichungen in vollem Umfang entsprochen.
- Noch 2010 hat sich Schwarz-Gelb unserem Vorstoß widersetzt, die über 7.000 Euro hinausgehenden Nebeneinkünfte genauer erkennbar zu machen.

Die Tatsache, dass Spitzenpolitiker von Union und FDP von Peer Steinbrück eine vollständige Offenlegung seiner Nebeneinkünfte fordern, nehmen wir jetzt zum Anlass, einen erneuten Anlauf zur (radikalen) Änderung der Transparenzregeln zu unternehmen. Das Ergebnis wird vermutlich zeigen: Scheinheiligkeit ist bei Schwarz-Gelb zuhause, Anstand und Moral sind auf Urlaub!

Warum das so ist, lässt sich exemplarisch vielleicht hier sehen [www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/biografien/D/doering\\_patrick.html](http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/biografien/D/doering_patrick.html). Eine Übersicht über die „Top-Ten“ gibt ebenfalls Aufschluss: [www.spiegel.de/politik/deutschland/die-topverdiener-im-bundestag-a-860042.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/die-topverdiener-im-bundestag-a-860042.html).